

Motion Erich J. Hess (JSVP): Eine Schliessung der Reitschule ist notwendig

Die Berner Reitschule machte in den letzten zwei Wochen mehrmals negativ von sich Reden. Der Höhepunkt der Eskalation waren Zusammenstösse zwischen verummumten Aktivisten und der Polizei. Ohne Vorwarnung wurde ein Polizeistreifenwagen grundlos massiv angegriffen, dass dabei Personen zu Schaden kommen könnten, wurde bewusst in Kauf genommen. Zudem wurden parkierte Autos aus purer Zerstörungslust beschädigt.

Nachdem die Polizei Tränengas und Gummischrot einsetzte, errichteten die Linksaktivisten brennende Strassensperren und bewarfen die Polizei mit Steinen. Gemäss uns vorliegenden Informationen ist mit Schaden in der Höhe von mehreren 10'000 Franken zu rechnen. Die Bilder von brennenden Strassensperren erinnern an frühere Vorfälle im Umfeld der Berner Reitschule und an Zustände wie in Frankreich.

Befremdend ist, dass sich die Verantwortlichen erneut in die Reitschule zurückziehen konnten und sich dort unter die übrigen Besucher mischen konnten. Diese Fortführung der Eskalation ist für ein Staatswesen nicht akzeptabel. Die sofortige temporäre Schliessung der Reitschule ist nun angezeigt und bei weiteren ähnlichen Vorfällen muss die Reitschule definitiv ihre Tore schliessen und mittelfristig einer anderweitigen Nutzung zugeführt werden.

Ich beauftrage den Gemeinderat hiermit

1. Die temporäre Schliessung der Reitschule zu veranlassen, bis die Verantwortlichen bekannt sind und zur Verantwortung gezogen werden können.
2. Die definitive Schliessung der Reitschule zu planen, wenn weitere analoge Vorfälle vorkommen sollten.
3. Dem Stadtrat mögliche Alternative Nutzungsmöglichkeiten (Sportzentrum, Turnhallen, Schwimmbad usw.) aufzuzeigen.

Bern, 9. März 2006

Motion Erich J. Hess (JSVP), Ernst Stauffer, Peter Bühler, Simon Glauser, Ueli Jaisli

Antwort des Gemeinderats

Die erwähnten Vorfälle sind ein trauriges Kapitel des Missbrauchs der Reitschule und ihres Umfelds für Gewalttaten. Der Gemeinderat bedauert sie. Sie schaden dem Gemeinwesen. Und sie schaden der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKUR), die aufgrund des Leistungsvertrags mit der Stadt das alternative Kulturzentrum aktiv, engagiert und mit Erfolg betreibt.

Deshalb ist die in der Motion geforderte Lösung keine. Sonst würden sich die durchsetzen, die mit blinder Gewalt negativ wirken und Gutes verhindern wollen oder dies in Kauf nehmen. Weil Hooligans Fussballspiele stören und in deren Umfeld gewalttätig auftreten, wird kein

Stadion geschlossen. Weil Randalierer in Eisenbahn, Bus und Tram Schäden anrichten, wird der öffentliche Verkehr nicht ausgesetzt. Es braucht ein Bündel verschiedener Massnahmen, um die gewaltbereiten und die gewalttätigen Personen zu erkennen, zu separieren und zu identifizieren, um sie zu hindern oder nachträglich ins Recht fassen zu können.

Daran arbeitet die IKUR in enger, guter Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und insbesondere der Stadtpolizei. An den von der Abteilung Kulturelles geleiteten regelmässigen Sitzungen ist das ein Dauerthema. Einiges wurde erreicht: Die IKUR hat ihr negativ bekannten Personen Hausverbot erteilt und bei Übertretungen Strafanzeige eingereicht. Die IKUR hat der Stadtpolizei Personen gemeldet, die Gewalt angewendet haben. Die IKUR hat die internen Sicherheitsvorkehrungen verstärkt und eine private Organisation beauftragt, bei Grossanlässen als Security zu wirken. Und die IKUR hat eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich um Opfer von Gewalt in der Reitschule und auf dem Vorplatz kümmert. Dies alles funktioniert noch nicht einwandfrei und kann auch im besten Fall nicht jegliche Gewalttat verhindern. Aber die erwähnten Massnahmen – die von der Stadtpolizei ausdrücklich als tauglich anerkannt und unterstützt werden – tragen deutlich dazu bei, das Problem in den Griff zu bekommen.

Es besteht deshalb kein Anlass, die in der Motion beantragten Massnahmen zu prüfen. Sie würden einer wichtigen Institution im kulturellen und sozialen Leben der Stadt schaden und sie letztlich gefährden. Gestärkt würden nicht die vielen in der Reitschule engagiert Arbeitenden, sondern Randalierende und Gewalttätige. Das liegt nicht im Interesse der Stadt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 29. August 2006

Der Gemeinderat